

Glaubwürdigkeit als Gegenstand der Medienkritik

Befunde einer Studie zur medialen Berichterstattung über die NSU-Morde. Von *Tanja Thomas, Elke Grittmann und Fabian Virchow*

Prof. Dr. Tanja Thomas ist Professorin für Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Transformationen der Medienkultur an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

Prof. Dr. Elke Grittmann ist Professorin für Kommunikationswissenschaft am Institut für Kultur und Ästhetik Digitaler Medien der Leuphana Universität Lüneburg.

Prof. Dr. Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf und Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/ Neonazismus.

Abstract Der Beitrag setzt sich mit „Glaubwürdigkeit“ als Gegenstand der Medien(selbst)kritik in Prozessen journalistischer Deutungsproduktion auseinander. Anhand ausgewählter Ergebnisse einer Studie, die zurückblickt auf die mediale Berichterstattung über die Morde, die in den Jahren 2000 bis 2006 durch den so genannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ verübt worden sind, werden die unterschiedlichen Dimensionen journalistischer Glaubwürdigkeitszuschreibung untersucht. Die Studie basiert auf einer diskursanalytisch durchgeführten detaillierten Analyse von Artikeln aus der deutsch- und türkischsprachigen Presse, einer Untersuchung der Medien(selbst)kritik anhand von ausgewählten Beiträgen aus Fachzeitschriften und Interviews mit Journalist_innen. Sie liefert Hinweise, dass die Glaubwürdigkeitszuschreibungen zu problematischen Deutungsmustern geführt haben.

Die „Untat“: Bittere „Wahrheiten“ und verstörende Fragen

„Das Unwort erklärt die Untat“ – mit dieser Feststellung leitete Heribert Prantl als Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ einen Kommentar in der Ausgabe vom 18. Januar 2012 ein. Die „Untat“, die Prantl ansprach, meint jene Mordserie vom September 2000 bis 2006, der neun Menschen mit Migrationsbiografie zum Opfer gefallen sind. Über Jahre war es den Ermittlungsbehörden nicht gelungen, die Täter zu ermitteln.

Am 4. November 2011 wurden nach einem Bankraub in Eisenach die beiden entflohenen Täter erschossen in einem Wohnmobil aufgefunden. In einer kurz danach in Brand gesetzten Wohnung in Zwickau fanden sich trotz der Zerstörungen Unterlagen und schließlich wurde aufgrund der Verbreitung

eines Bekenner-Videos bekannt, dass die Mordserie aus rassistischen Motiven durch eine Gruppierung der extremen Rechten verübt worden war, die sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannte. Die der Gruppierung von der Generalbundesanwaltschaft zugerechneten Taten umfassen zum gegenwärtigen Zeitpunkt zehn Morde und mehrere Mordversuche, zwei Sprengstoffanschläge, u.a. mit vielen Verletzten in der Kölner Keupstraße im Jahr 2004, sowie 15 versuchte bzw. vollendete Raubüberfälle und eine schwere Brandstiftung.

Dies war eine der bitteren „Wahrheiten“, die aufzudecken sicher nicht – wie der Titel dieses Schwerpunktheftes möglicherweise nahe legt – dem Journalismus auferlegt werden kann. Dennoch lässt sich die Frage nach der Rolle und Bedeutung der journalistischen Berichterstattung über die Mordserie stellen und erörtern: Prantls Kommentar, wenige Wochen nach dem Bekanntwerden des NSU erschienen, verurteilte nicht nur die rassistisch motivierten Morde. Seine Kritik richtete sich auch auf jenes Unwort, das die Medien jahrelang zur Bezeichnung der Mordserie verwendet hatten: „Döner-Morde“, ein Begriff, den die Gesellschaft für deutsche Sprache zum Unwort des Jahres 2011 erklärt hat und dessen Verwendung im Rückblick verstörende Fragen aufgeworfen hat.

Unsere Untersuchung der deutsch- und türkischsprachigen Presseberichterstattung¹ über die Mordserie zeigt, dass der Begriff als ein Indiz für eine Berichterstattung steht, die die Notwendigkeit von Medienkritik als Ausgangspunkt für die Diskussion (medien-)ethischer Fragen in einer Einwanderungsgesellschaft erneut mehr als dringlich vor Augen führt. Der vorliegende Beitrag präsentiert daher zunächst in einem ersten Abschnitt ausgewählte Ergebnisse der Bild-Diskurs-Analyse der Berichterstattung aus der Zeit von 2000 bis 2011, die – gefördert durch die Otto Brenner Stiftung – von Fabian Virchow, Tanja Thomas und Elke Grittmann mit Unterstützung von Derya Gürşeker und Ronja Röckemann durchgeführt worden ist (vgl. Virchow/Thomas/Grittmann 2015).²

Um die Befunde mit Einsichten in die strukturellen Bedingungen der Produktion von „Wahrheiten“ zu ergänzen,

1 Im vorliegenden Beitrag beziehen wir uns vorrangig auf die Auswertung des deutschsprachigen Materials.

2 Die Studie ist online abrufbar unter <https://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/das-unwort-erklaert-die-untat.html>.

haben wir die Zwischenergebnisse der Bild-Diskurs-Analyse im Rahmen eines Workshops mit Journalist_innen diskutiert und reflektiert, die für deutsch- oder türkischsprachige (in Deutschland erhältliche) Medien über die Mordserie berichtet hatten.³ Der Workshop diente als Ausgangspunkt für Einzelinterviews mit Journalist_innen, denen wir ausdrücklich für ihre Gesprächsbereitschaft und Offenheit danken möchten. Wir können in dem vorliegenden Beitrag nur einzelne Aspekte vorstellen, die auf der Analyse der Interviews beruhen. Wir konzentrieren uns dabei auf die Frage, auf welche Weise die Journalist_innen Dimensionen der Glaubwürdigkeit im Prozess der journalistischen Berichterstattung über die Morde bzw. Mordserie relevant gesetzt haben. Wie zu sehen ist, haben Glaubwürdigkeitszuschreibungen die journalistische Praxis angeleitet und dies liefert somit einige Hinweise, die das Zustandekommen einer Berichterstattung erklärbar machen, die teilweise als „Medienversagen“ bezeichnet worden ist. Dabei greifen wir auch auf eine Analyse der Medien(selbst)kritik zurück, die in ausgewählten Fachzeitschriften publiziert worden ist. Der Beitrag schließt mit Anregungen für medienethische Reflexion und journalistische Praxis.

Das „Unwort“: Indiz einer diskriminierenden Berichterstattung

Politische und kulturelle Deutungen gesellschaftlicher Ereignisse und Entwicklungen werden in erheblichem Ausmaß durch massenmediale Berichterstattung vermittelt. Medien bringen spezifische Sichtweisen auf die soziale Welt hervor. Sie bilden somit eine wichtige Ressource für die Wahrnehmung und Interpretation von gesellschaftlichen Konflikten, Widersprüchen und Machtverhältnissen seitens der Mediennutzer_innen. In aller Kürze wollen wir mit diesen Aussagen unsere sehr grundlegende Sicht auf journalistische „Wahrheitsproduktion“ erläutern: Unsere diskursanalytische Untersuchung zielte darauf, Muster der journalistischen Bedeutungsproduktion zu untersuchen und diese mit den institutionell verfestigten Praktiken der Hervorbringung einer Sprache des Migrationsdiskurses (vgl. u. a. Jung/Wengeler/Böke 1997) in Beziehung zu setzen.

3 Die Durchführung dieses Workshops wäre ohne die Unterstützung der Bundeszentrale für Politische Bildung nicht möglich gewesen. Wir danken insbesondere Hanne Wurzel für ihr Vertrauen.

Damit argumentieren wir, dass Journalist_innen zwar mit immer wieder neuen Themen und Ereignissen konfrontiert werden, dabei jedoch Routinen der Berichterstattung sowie etablierte Muster und Deutungen reproduzieren. Kontinuitäten in Bild und Text, aber auch mögliche Veränderungen in der medialen Darstellung von Migration bzw. Gewalt an Migrant_innen können dabei nur vor der Folie bestehender Studien angemessen rekonstruiert werden. Solche Studien sollten eine Genealogie des Migrationsdiskurses erkennen und somit verstehen lassen, dass diese als Bestandteil der politischen Kultur (i. S. von Herz 1997, Schwelling 2004) das Verhandeln und Regulieren von Migration in Politik und Gesellschaft als auch journalistische Deutungen anleitet.

Vor diesem Hintergrund war es Anliegen der Studie, in den Blick zu nehmen, welche Akteure an der Herstellung und Verbreitung von journalistischen Bedeutungen beteiligt sind, unter welchen Bedingungen sie dies tun, wer als Sprecher_in zu einem Sachverhalt (hier: die Morde) als legitim und kompetent wahrgenommen wird und ob es eine Pluralität an Aussagen zu dem untersuchten Gegenstand gibt. Da nicht nur Sprache, sondern auch Bildern in Prozessen der Sinnstiftung eine wesentliche Bedeutung zukommt, sind inzwischen zunehmend auch Bildanalysen zum festen Bestandteil von Diskursanalysen geworden. Wir verstehen Bilder nicht als nachgeordnete Illustrationen, sondern als eigene visuelle Darstellungsformen im Prozess journalistischer Bedeutungsproduktion.

Das Bekanntwerden des NSU hat nach dem 4. November 2011 dazu geführt, dass sich viele Medien in der Bundesrepublik Deutschland intensiv und umfangreich mit den vom NSU begangenen Morden und weiteren Straftaten, den Hintergründen sowie mit strukturellen und personellen Defiziten bei den Inlandsnachrichtendiensten und den Versäumnissen der Ermittlungsbehörden befasst haben. Nicht mehr zu leugnen war, dass über ein Jahrzehnt in eine völlig falsche Richtung ermittelt worden ist und die Ermordeten und ihre Angehörigen zu Unrecht öffentlich verdächtigt worden waren, in kriminelle Aktivitäten verstrickt zu sein, die den Hintergrund der Morde bilden würden. An der Verbreitung und Etablierung dieser Deutung, die sich im Begriff der „Döner-Morde“ verdichtet hat, hatten nicht nur die ermittelnden Behörden, sondern auch Medien maßgeblichen Anteil. Der erstmals Ende August 2005 in der „Nürnberg

An der Verbreitung und Etablierung der falschen Deutung der als „Döner-Morde“ bezeichneten Taten hatten auch Medien maßgeblichen Anteil.

ger Zeitung“ verwendete Begriff wurde bis zur Aufdeckung der tatsächlichen Hintergründe der Morde an neun Menschen zum Synonym für eine beispiellose Mordserie. Der Begriff markiert zum einen eine diskriminierende Bezeichnungspraxis seitens vieler Medien, war diese Etikettierung doch nicht nur sachlich unzutreffend, sondern auch stereotypisierend. Zugleich steht der Ausdruck als Symbol für eine Berichterstattung, die die politische Dimension der Morde in der übergroßen Mehrheit verkannt oder ignoriert hat.

Unser Materialkorpus der Berichterstattung in deutsch- und türkischsprachigen Printmedien über die Morde an neun Menschen mit Migrationsbiografie – Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halil Yozgat – umfasst rund 300 Artikel mitsamt Bildern.⁴ Die Analyse der Beiträge eröffnete uns Antworten u.a. zu den folgenden Fragen: Auf welche Quellen haben sich die Medien in der Berichterstattung bezogen und auf welche Weise wurde ihnen Glaubwürdigkeit zugesprochen? Wessen Deutungsangebote haben dabei jeweils in den Medien Platz gefunden und wie ist dies plausibilisiert worden? Welche Aussagen über mögliche Täter_innen und welche Darstellungen über die Opfer sind besonders und medienübergreifend präsent?

Die zentralen Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen: *Die Berichterstattung stützte sich überwiegend auf Quellen der Ermittlungsbehörden:* Die enge Anbindung der Berichterstattung an die polizeiliche Erkenntnis- bzw. Vermutungslage führte zu einer einseitigen Gewichtung und Sichtbarkeit der Quellen. Polizeiliche Quellen dominierten in Wort und Bild; Deutungen zu den Tathintergründen aus dem Umfeld der Betroffenen wurden nur in Ausnahmefällen aufgerufen und zudem selten als glaubwürdig eingestuft. Expert_innen, die die Mordserie vor dem Hintergrund von (rassistischer) Gewalt an Migrant_innen diskutiert hätten, wurden nur sehr vereinzelt angesprochen. Eine umfassende journalistische Betrachtung der Morde unterblieb dadurch weitgehend. Die Texte legen damit den Eindruck einer mangelhaften Recherche nahe.

4 Für eine detaillierte Darstellung des Materialkorpus vgl. Virchow/Thomas/Grittmann (2015), online verfügbar unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/das-unwort-erklart-die-untat.html>, S. 19.

Eine Reflexion der Deutungsmuster von Ermittlungsbehörden hat nur sehr unzureichend stattgefunden: Die Berichterstattung über die Mordfälle lag in vielen Redaktionen bei den Polizeireporter_innen. Die polizeilichen Quellen genossen Autorität und Glaubwürdigkeit, ihre Deutungsmuster und Mutmaßungen wurden nicht oder nicht konsequent hinterfragt. So folgte die Berichterstattung über die Tatmotive den Mutmaßungen über Schutzgelderpressung, Drogenkriminalität, Auftragskiller oder Geldwäsche und trug zu einem Bild bei, in dem die Verantwortung für die Morde dem Bereich der „Organisierten Kriminalität“ zugewiesen wurde, die wiederum als „ausländisch“ markiert wurde. In der kurzen Phase, in der die Möglichkeit rassistischer Tatmotive aufgrund einer polizeilichen Fallanalyse ernsthafter in den Blick genommen wurde, reichte die journalistische Bearbeitung von einer Ablehnung („unplausibel“) bis zur Entpolitisierung („Einzeltäter mit negativen Erfahrungen, aber keine organisierte Täterstruktur“) dieser Annahme. Bezüge zu anderen Fällen von Gewalt gegen Migrant_innen und damit zu möglichen rassistischen Tathintergründen wurden nicht hergestellt.⁵

Die Berichterstattung über Tatmotive folgte den Mutmaßungen über Schutzgelderpressung, Drogenkriminalität, Auftragskiller oder Geldwäsche.

Die Opfer wurden stigmatisiert und ausgegrenzt: Die Berichterstattung war weitgehend durch Fremdheit und Ausgrenzung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen geprägt. Der Begriff des „Döner-Mordes“ ist dabei lediglich eine besondere Zuspitzung. Aus vermuteten Verbindungen zur organisierten Kriminalität wurden vielfach Tatsachenbehauptungen gemacht. Die Berichterstattung wurde aufgeladen mit Spekulationen über angebliche „Milieus“ und „Parallelwelten“, in denen eine „Mauer des Schweigens“ nicht nur die polizeiliche Arbeit erschwere, sondern auch Ausdruck unzureichender Integration in die Mehrheitsgesellschaft sei. Anhand des in der Berichterstattung auftauchenden Begriffs der „Parallelwelt“ lässt sich unser Hinweis auf die diskursiven Muster exemplarisch veranschaulichen: Mit dem Begriff wurde an den Diskurs von der „Parallelgesellschaft“ (Belwe 2006) angeschlossen und damit dessen „Dramatisierungspotential“ (Köster 2009, S. 7) aufgerufen. Denn in vielen

⁵ Im untersuchten Korpus wird nur ein einziges Mal in einem Beitrag der „taz“ (10.6.2006) aufgrund der Zeugenaussagen ein Bezug zum Anschlag in der Keupstraße hergestellt.

Medien ist der Terminus meist mit „verstörenden Ereignissen wie Ehrenmord oder anderen Gewaltverbrechen“ und mit dem Scheitern einer „multikulturellen Gesellschaft“ verknüpft (vgl. Janßen/Polat 2006, S. 11). Dass ein Buch wie Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ anknüpfend an Traditionen der politischen Eugenik und durchzogen von rassistischen Ressentiments (Haller/Niggeschmidt 2012; Bade 2013) weit über 1,5 Millionen Mal verkauft wurde, verweist auf die beträchtliche Verankerung entsprechender Einstellungen in Deutschland – und auf die Verantwortung von Journalist_innen, aufmerksam mit Fragen von Diversität und Differenz umzugehen. Mit Begriffen wie „Parallelwelt“ wurden somit die unmittelbaren Angehörigen der Opfer nicht primär als Betroffene vorgestellt, sondern als Teil der „Anderen“ stigmatisiert.

Nur vereinzelt lassen sich Empathiebekundungen aufgrund der Recherchen im Umfeld der Opfer erkennen: Den Opfern und ihren Angehörigen wurde nur vereinzelt und vorwiegend in der Regionalberichterstattung eine Empathie entgegengebracht, wie sie bei der Berichterstattung über Opfer von Gewaltverbrechen in anderen Kontexten durchaus verbreitet ist.

Glaubwürdigkeitszuschreibungen im Prozess der journalistischen Berichterstattung

Auf welche Weise Journalist_innen Dimensionen der Glaubwürdigkeit im Prozess der journalistischen Berichterstattung über die Morde bzw. Mordserie relevant gesetzt haben, ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Kritik und Reflexion journalistischer Textproduktion. Glaubwürdigkeitszuschreibungen haben die journalistische Praxis ganz offensichtlich angeleitet; sie werden – so lassen die Berichterstattung und die nach 2011 veröffentlichte Medien(selbst)kritik, aber auch die Interviews mit den Journalist_innen erkennen – in den Texten wie den Erläuterungen der Journalist_innen häufig relevant gesetzt. Erstens wird die *Glaubwürdigkeit der Quellen* im Prozess der Recherche als ein Argument zur Rechtfertigung der Übernahme ihrer Deutungen bedeutsam gemacht. Zweitens wird die *Glaubwürdigkeit der Aussagen* von Seiten der als zentral erachteten Quellen (hier: der Ermittlungsbehörden) aufgrund der Anschlussfähigkeit an tradierte Wissensvorräte über Migration und Gewalt gegenüber Menschen mit Migrationsbiographien verteidigt. Zugleich werden diese Zuweisungen von Glaubwürdigkeit rückblickend zum *Gegenstand der Medien(selbst)kritik* und damit sowohl zum Ausgangspunkt der Reflexion der

Qualität journalistischer Textproduktion als auch ihrer medienethischen Grundlagen. Drittens wird *Glaubwürdigkeit als ein zu erhaltendes oder zu erreichendes Qualitätskriterium und Ziel zur Etablierung ökonomischer Stabilität* des jeweiligen Mediums erachtet (vgl. Arnold 2013) und somit handlungsorientierend im journalistischen Arbeitsprozess. Dies soll im Folgenden exemplarisch illustriert werden.

Zuschreibung von Glaubwürdigkeit der Quellen: Den Mutmaßungen der staatlichen Ermittlungsbehörden wurde in der Berichterstattung hohe Aufmerksamkeit geschenkt, wie sich anhand der Berichterstattung angesichts der dominanten Sprecher_innenpositionen und Übernahme der Deutungen zeigt. Als Begründung für die starke Ausrichtung auf diese Quellen im Prozess der Recherche wurde von einigen Interviewpartner_innen insbesondere die Glaubwürdigkeit dieser Quellen angeführt. Als wichtiges Kriterium für diese Zuschreibung lässt sich bereits in der Analyse der Berichterstattung die Bedeutung der polizeilichen Leistung erkennen. So schreibt beispielsweise die FAZ (1.8.2007): „Zweiunddreißig Millionen Datensätze hat die ‚Soko Bosphorus‘ bislang gesammelt, zwölf Millionen Telefonate zurückverfolgt und mehr als 5000 Verdächtige überprüft.“ In den von uns geführten Interviews wurde darüber hinaus die Sachkenntnis der Ermittlungsbehörden als weiteres Kriterium benannt: „Ich muss mich schon an diejenigen halten, die in der Sache drin sind, und das ist die Polizei. Oder die Staatsanwaltschaft“ (J1)⁶. Zweifel erscheinen aufgrund der Abhängigkeit von polizeilichen Quellen kaum artikulierbar: „Wenn ich jetzt als Journalist immer komme mit was das dann wäre und wie das dann wäre, würde ich auch als Bedenkenträger, Mahner und Warner gelten“ (J1). Ein Interviewpartner betonte dagegen, dass ein kritischer Umgang mit der Polizei immer ratsam sei. Es sei wenig hilfreich, sich allein auf Polizei und Justiz zu verlassen (J2). Die Zuschreibung von mehr oder weniger Glaubwürdigkeit spielt nicht nur beim Umgang mit staatlichen Quellen eine Rolle, sondern scheint – neben den zur Verfügung stehenden finanziellen und zeitlichen Ressourcen – auch die Breite der Recherche mit zu bedingen. Die Folgen dieser Glaubwürdig-

Mutmaßungen der staatlichen Ermittlungsbehörden wurde in der Berichterstattung hohe Aufmerksamkeit geschenkt.

6 Die Interviews wurden anonymisiert, die Verschlüsselung entspricht der Anonymisierung in der Studie.

keitszuschreibungen zeigen sich in der Berichterstattung nicht nur in der Gewichtung der Quellen und ihrer Deutungen. Neben der Zitation in direkter oder indirekter Rede, die die Urheber der Mutmaßungen deutlich macht, werden Vermutungen auch zu Tatsachenbehauptungen, wie ein Beispiel aus „Die Welt“ (15.6.2005) zeigt: „Erst jetzt steht fest: Dönerbudenbesitzer İsmail Yaşar (50) wurde das Opfer eines Auftragsmörders der türkischen Drogenmafia.“

Nach Bekanntwerden des NSU lässt sich sowohl in der Medien(selbst)kritik als auch in den von uns geführten Interviews eine Problematisierung dieser „Staatsgläubigkeit“ beobachten: „Zu sehr und zu leichtgläubig verließen sie [die Journalist_innen, Anm. d. V.] sich auf das, was ihnen von offizieller Seite verkündet und zugetragen wurde“, schreibt Hans-Ulrich Stoldt im Spiegel (Stoldt 2012, vgl. auch Fuchs 2012). Auch wurde darauf hingewiesen, dass bei schriftlichen, insbesondere

als geheim eingestufteten Quellen die Gefahr bestünde, die Inhalte ohne quellenkritische Prüfung zu verwenden (vgl. Fuchs 2012). Ein_e Interviewpartner_in sieht daher Änderungsbedarf für die Praxis: „Man muss daraus wirklich lernen, dass man als Journalist

Nach Bekanntwerden des NSU lässt sich in der Medien(selbst)kritik eine Problematisierung dieser „Staatsgläubigkeit“ beobachten.

nicht so staatsgläubig sein kann, weil es wirklich immer sein kann, dass Behörden schlecht arbeiten oder einen auch absichtlich in die Irre führen“ (J7). Gleichzeitig haben andere Aussagen, wie die der Angehörigen, die auch bereit gewesen waren, öffentlich zu sprechen, nicht dieselbe Aufmerksamkeit erhalten. Die fehlende Zuschreibung von Glaubwürdigkeit bietet hierfür möglicherweise eine Erklärung. Die Ursachen dafür erscheinen jedoch tiefgründiger: Die Hierarchisierung von Wissen staatlicher Quellen gegenüber jenem der Betroffenen verschränkt sich mit einer Abgrenzung und mangelndem Zugang gegenüber als fremd wahrgenommenen „Anderen“.

Glaubwürdigkeit aufgrund der Anschlussfähigkeit an tradierte Wissensvorräte: „Da gibt es diese Fremdheit, die bringt einen dazu, dass man schlecht und vorurteilsbeladen über Migranten denkt, und da liegt dann ein richtig großes Problem“, so formuliert es einer der Journalist_innen im Interview (J3). In der rückblickenden Bewertung der Berichterstattung über die Mordserie wiederholen sich die Hinweise auf die Reproduktion etablierten Wissens über die „Anderen“. Gefragt nach der damaligen und rückblickenden Bewertung der Spekulationen über Tatmotive haben Interviewpartner_innen ihre eigenen

Glaubwürdigkeitszuschreibungen hinsichtlich der Annahme, organisierte Kriminalität sei als Tathintergrund wahrscheinlich, durch Inanspruchnahme Dritter legitimiert: „Die [Vermutungen] passen in das, was ich kannte und was andere, glaube ich, auch kannten: Da ist der Gemüsehändler, der hat ein Geschäft, das macht der vielleicht mehr oder weniger, und eigentlich macht er noch ein anderes Business“ (J1). Verschiedene Beiträge der Medien(selbst)kritik heben hervor, dass die durch die polizeiliche Ermittlungsrichtung nahegelegten Bilder von der Verwicklung der Getöteten in illegale Geschäfte öffentliche Wirksamkeit entfalten konnten, da sie auch von Journalist_innen kaum hinterfragt wurden (vgl. Burmester 2012; vgl. auch Stoldt 2012). Als Erklärung wird angeführt, dass die Aussagen der Ermittelnden vor allem deshalb unreflektiert übernommen worden seien, weil die gelieferten Hypothesen „gängige Vorurteile“ auch auf Seiten von Journalist_innen bedient hätten: Vorurteile zu übernehmen sei schlicht einfacher als eine seriöse Recherche (vgl. Herkel 2013).

Die Zitate und (selbst)kritischen Äußerungen belegen somit ein Rekurrenieren auf tradiertes Wissen über die „Anderen“. Demgegenüber wurden Mutmaßungen über einen rechtsextremen Tathintergrund nicht nur von der Polizei, sondern auch von Seiten einiger Journalist_innen als wenig plausibel eingestuft. Die Professionalität der Mordserie habe, so ein_e Interviewpartner_in, nicht in das verbreitete Bild von „Neonazis“ gepasst (J1). Zusammenfassend wird u. E. auch anhand dieser wenigen Beispiele deutlich, wie eine Analyse des Rekurrenieren auf Wissen, das nicht als individuelles, sondern als kollektiv, auch institutionell erzeugtes und tradiertes Wissen verstanden wird, einen Beitrag zu einer Debatte über Qualität und Ethik im Journalismus leisten kann.

Glaubwürdigkeit als Qualitätskriterium und Ziel zur Etablierung ökonomischer Stabilität: Glaubwürdigkeit wird nicht nur seitens journalistischer Akteur_innen wie im Fall der Berichterstattung über die NSU-Morde Quellen und Aussagen zugeschrieben, Glaubwürdigkeit wird auch als Erwartung an den Journalismus und seine Berichterstattung gerichtet (vgl. Arnold 2009, Engesser 2013). Dieser Anspruch auf Glaubwürdigkeit bildet daher auch in der Praxis ein wesentliches Qualitätskriterium im beruflichen Selbstverständnis von Journalist_innen (vgl. Neuberger/Nuernbergk/Rischke 2009, S. 278) und kann als handlungsorientierend begriffen werden. Glaubwürdigkeit gründet dabei unter anderem auf eigenständiger Re-

cherche, Ausgewogenheit und Unabhängigkeit von Werbe- und politischem Einfluss (vgl. Arnold 2013). Die Art und Weise, wie Glaubwürdigkeit in den einzelnen Medien im journalistischen Handeln erreicht werden soll, hängt dabei auch von dem jeweiligen, teilweise über Jahrzehnte vergleichsweise stabilen Entwurf des verlegerischen und redaktionellen Selbstverständnisses eines Presseerzeugnisses ab.

Während „Der Spiegel“ auch im Fall der Berichterstattung über die Mordserie auf eigenständige investigative Recherche gesetzt und sich wiederholt auf eine mögliche Aufklärung der Tathintergründe konzentriert hat (Spiegel, 14.12.2009, 21.2.2011), haben einzelne Regionalzeitungen auf eine größere Vielfalt der Quellen geachtet. Dadurch wurden in der lokalen Berichterstattung ein umfassenderes Bild der Opfer und eine deutlich größere Nähe zu ihnen und ihrem Umfeld erzeugt. Die „Nürnberger Nachrichten“ (13.6.2005) berichteten beispielsweise über die Trauer- und Gedenkbekundungen im Stadtteil; die „Westfälische Rundschau“ sprach nach dem Tod von Mehmet Kubaşık vom „Dortmunder“ (WR 5.4.2006) und stellte ihn so als Teil der Stadtgesellschaft vor. Eine Gewichtung von Quellen nach sozialer Position, Herkunft oder Bildung lehnte ein Redakteur für seine Regionalzeitung ab: „Überhaupt ist es so, dass sich gute Berichterstattung dadurch auszeichnet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft gefragt werden. Wir machen Zeitung für alle Bildungsschichten“ (J2). Das jeweilige Selbstverständnis bedingt somit die Strategie, die die jeweils angestrebte Zuschreibung von Glaubwürdigkeit mit dem Ziel des ökonomischen Erfolgs befördern kann.

Glaubwürdigkeit, Medienkritik und gesellschaftliche Verantwortung

Glaubwürdigkeit kann als Qualitätskriterium des Journalismus begriffen werden, das sich normativ aus der ihm zugeschriebenen Aufgabe ableiten lässt (vgl. Arnold 2009). Wenn die Glaubwürdigkeit des Journalismus – u.a. mittels des inzwischen aus guten Gründen scharf kritisierten Begriffs der „Lügenpresse“ – populistisch an den Pranger gestellt wird, dann ist einer solchen Argumentation aus wissenschaftlicher Perspektive mit Vorsicht zu begegnen und der Diskurs darüber ebenso kritisch zu analysieren.

Glaubwürdigkeit als heuristischen Begriff einzuführen, erachten wir als eine produktive Herangehensweise, um verschiedene Prozesse genauer beleuchten zu können, in denen Glaub-

würdigkeit im Journalismus relevant gesetzt wird: So haben wir zeigen können, wie Zuschreibungen von Glaubwürdigkeit auf der Ebene der Recherche und im Umgang mit Quellen, auf der Ebene der Bewertung von Aussagen und des Rekurrerens auf Wissensvorräte und – aus dem jeweiligen individuellen, verlegerischen und redaktionellen Selbstverständnis heraus – auf der Ebene der Arbeitsweise und Präsentation mit Blick auf ökonomische und publizistische Märkte erfolgen und damit strukturelle Bedingungen gesellschaftlicher Ordnung in journalistisches Handeln übersetzt werden.

Wie wir – allgemeiner formuliert – zeigen konnten, kann eine wissenschaftlich fundierte Medienkritik durch die Analyse der Reproduktion etablierten Sprachgebrauchs und damit etablierter Wissensvorräte einerseits und die Rekonstruktion von Arbeitsprozessen und Arbeitsbedingungen durch Interviews mit Journalist_innen andererseits journalistisches Handeln in Strukturen analysieren, in ihrer kulturellen Gebundenheit reflektieren und aus medienethischer Perspektive diskutieren.

Eine wissenschaftliche Medienkritik, wie sie anhand unseres Forschungsprojekts über die Berichterstattung der NSU-Morde vorgestellt und in Hinblick auf die Relevanz von Glaubwürdigkeit im Journalismus diskutiert wurde, will und kann – so die Hoffnung – einige Ansatzpunkte für weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen, aber auch Dialoge zwischen Forscher_innen, Journalist_innen, Leser_innen (auch als Produser_innen) sowie Politiker_innen als Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft aufzeigen. Denn nicht nur Journalist_innen sind angesichts solcher Befunde eingeladen, einen (selbst)kritischen Blick auf die Deutungen von Gewalt an Migrant_innen zu entwickeln. Gleichwohl wird die Glaubwürdigkeit der Medien erhöht werden können, wenn sich Journalist_innen sichtbar und folgenreich mit eigenen Versäumnissen auseinandersetzen. Individuelle Reflexion muss jedoch auf veränderungsbereite Strukturen treffen, um gesellschaftlich wirksam zu werden. Insofern sind Debatten über rassistische Gewalt an Menschen mit Migrationsbiografien und deren Deutung ebenso in Verlagssitzungen, durch Redaktionsleitungen, in der Aus- und Weiterbildung von Journalist_innen, im Redaktionsalltag wie auch auf Seiten von Leser_innen/Produser_innen und in der Öffentlichkeit unter Beteiligung aller wünschenswert.

Die Glaubwürdigkeit der Medien wird erhöht, wenn sich Journalisten sichtbar und folgenreich mit eigenen Versäumnissen auseinandersetzen.

Literatur

- Arnold, Klaus (2008): *Qualität im Journalismus – Ein integratives Konzept*. In: *Publizistik*, 53. Jg., H. 4, S. 488-508.
- Arnold, Klaus (2009): *Qualitätsjournalismus. Die Zeitung und ihr Publikum*. Konstanz.
- Arnold, Klaus (2013): *Gut ist, was ethisch korrekt ist? Journalistische Qualität und ethisches Handeln aus Sicht der Kommunikationswissenschaft*. In: *Communicatio Socialis*, 46. Jg., H. 3-4, S. 288-296.
- Bade, Klaus (2013): *Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*. Schwalbach.
- Belwe, Katharina (2006): *Editorial zum Schwerpunkt „Parallelgesellschaften“*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 56. Jg., H. 1-2, S. 2.
- Bomhard, Lorenz (2005): „Ich hoffe, es geht Dir gut im Himmel“. In: *Nürnberger Nachrichten vom 13.6.*, S. 9.
- Burmester, Silke (2012): *Darf man Nazis persilsäubern?* In: *Medium*, 27. Jg., H. 12, S. 41.
- Engesser, Sven (2013): *Die Qualität des Partizipativen Journalismus im Web. Bausteine für ein integratives theoretisches Konzept und eine explanative empirische Analyse*. Wiesbaden.
- Krüger, Karen (2007): *Serienkiller*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.8.*, S. 36.
- Fuchs, Christian (2012): *Wir waren alle blind*. In: *Vocer vom 1.10.* <http://www.vocer.org/wir-waren-alle-blind> (zuletzt aufgerufen am 15.8.2014).
- Haller, Michael/Niggeschmidt, Martin (Hg.) (2012): *Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz. Von Galton zu Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik*. Wiesbaden.
- Herkel, Günther (2013): *Versagen*. In: *Menschen machen Medien*, 62. Jg., H. 3, S. 7.
- Herz, Thomas (1997): *Die „Basiserzählung“ und die NS-Vergangenheit. Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland*. In: Herz, Thomas A./Schwab-Trapp, Michael (Hg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945*. Opladen, S. 249-265.
- Janßen, Andrea/Polat, Ayça (2006): *Soziale Netzwerke türkischer Migrantinnen und Migranten*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 56. Jg., H. 1-2 S. 11-17.
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.) (1997): *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*. Opladen.
- Köster, Werner (Hg.) (2009): *„Parallelgesellschaften“ – Diskursanalysen zur Dramatisierung von Migration*. Essen.
- Neuberger, Christoph (2003): *Onlinejournalismus. Veränderungen – Glaubwürdigkeit – Technisierung*. In: *Media Perspektiven*, 34. Jg., H. 3, S. 131-138.

- Neuberger, Christoph /Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (2009): *Profession – Partizipation – Technik*. In: Diess. (Hg.): *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*. Wiesbaden, S. 269-293.
- Prantl, Heribert (2012): *Unwort, Untat, Ungeist*. In: *Süddeutsche Zeitung vom 18.1.2012*, S. 4.
- Schwelling, Birgit (Hg.) (2004): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*. Wiesbaden.
- Der Spiegel* (2009): *Spur zur Wettmafia*. 14.12., S. 14.
- Der Spiegel* (2011): *Düstere Parallelwelt*. 21.2., S. 64-66.
- Stoldt, Hans-Ulrich (2012): *Fleisch ohne Stachel*. In: *Der Spiegel*, H. 26, S. 84-86.
- Die Tageszeitung* (2006): *Eine Mordserie im Hintergrund*. 10.6., S. 2.
- Virchow, Fabian/Thomas, Tanja/Grittmann, Elke (2015): „Das Unwort erklärt die Untat“. *Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik*. Frankfurt a.M.
- Völkerung, Jörg (2005): *Soko „Halbmond“ jagt mysteriösen Serienkiller*. In: *Die Welt vom 15.6.*, S. 32.
- Westfälische Rundschau* (2006): *39jähriger Dortmunder in seinem Kiosk getötet*. 5.4., S. 1.